

Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung zum Thema Rente

Eine Studie von TNS Infratest Politikforschung im Auftrag der IG Metall



Die IG Metall hat im April 2013 in eine der wöchentlichen Bus-Befragungen von TNS-Infratest Politikforschung einige Fragen zum Thema Alterssicherung eingespeist.

Damit stehen aktuelle und repräsentative Erkenntnisse zur Einstellung der Wahlbevölkerung zu rentenpolitischen Fragen vor Beginn des Bundestagswahlkampfes zur Verfügung.

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren

Stichprobe: Repräsentative Zufallsauswahl/Randomstichprobe

Erhebungsverfahren: Computergestützte Telefoninterviews (CATI)

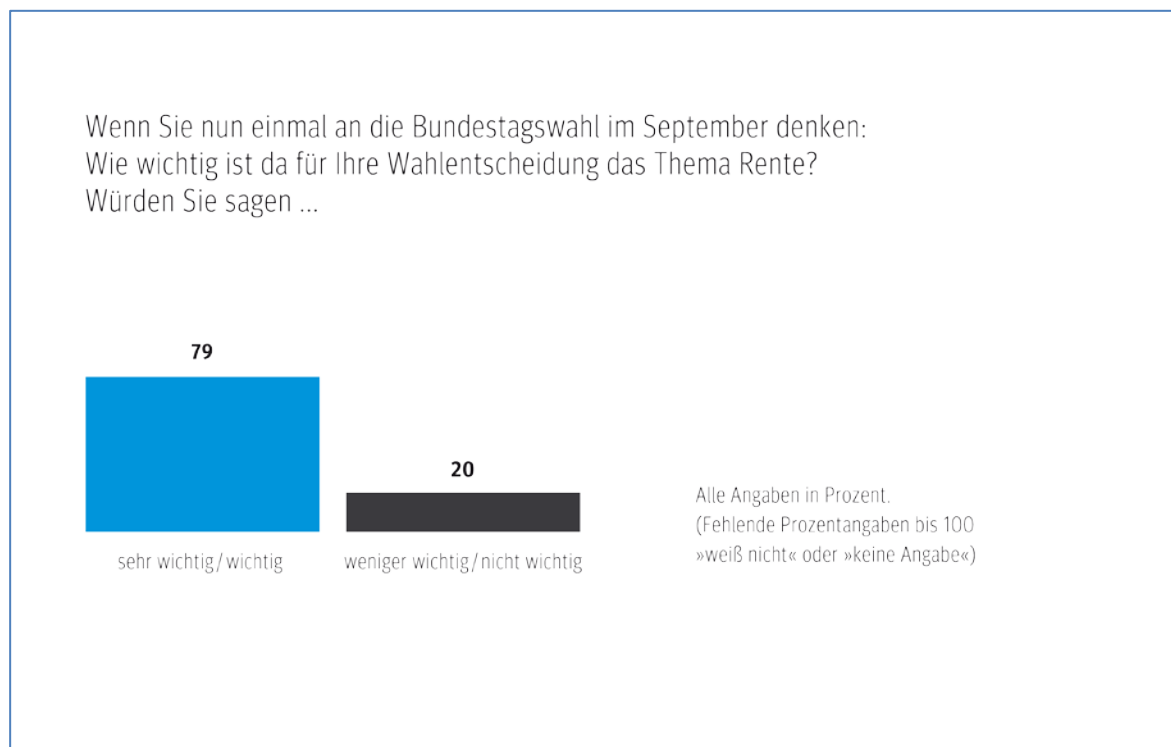
Fallzahl: 1.031 Befragte

Erhebungszeitraum: 3. bis 4. und 6. April 2013

Fehlertoleranz: 1,4 bis 3,1 Prozentpunkte

Institut: TNS Infratest Politikforschung

Das Thema Alterssicherung ist für die Wahlentscheidung der Wählerinnen und Wähler von großer Relevanz: 79 Prozent - acht von zehn Wahlberechtigten - geben an, dass Rente für sie „wichtig“ oder „sehr wichtig“ ist.



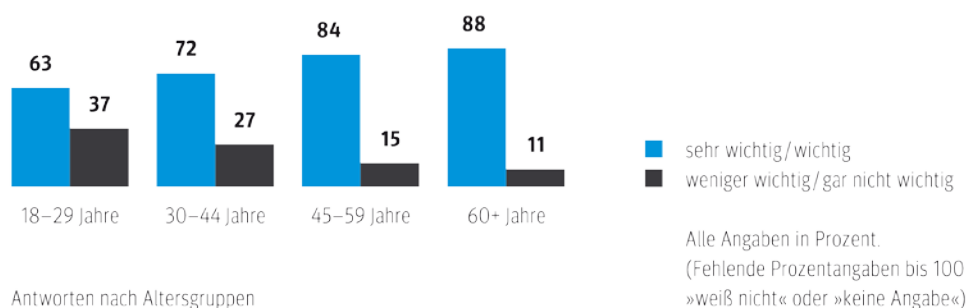
Schulabschluss und Einkommen beeinflussen das Antwortverhalten relativ gering: für 89 Prozent der Befragten mit Hauptschulabschluss ist das Thema Rente „sehr wichtig“ oder „wichtig“. Bei Befragten mit mittlerer Reife liegt dieser Wert bei 82 Prozent und bei Befragten mit (Fach-)Hochschulreife bei 68 Prozent. Auch die Einkommen spielen keine große Rolle in dieser Frage: für 84 Prozent der Wahlberechtigten mit einem monatlichem Haushaltsnettoeinkommen unter 1.500 Euro ist das Thema Rente „sehr wichtig“ oder „wichtig“, bei einem Einkommen zwischen 1.500 und 3.000 Euro trifft dies für 81 Prozent zu und bei den Beziehern höherer Einkommen auf 74 Prozent.

Die Differenzierung nach Parteienpräferenz¹ bei den Befragten ist aufschlussreich: Für Anhänger von SPD (90 Prozent) und Die Linke (88 Prozent) ist das Thema Rente „sehr wichtig“ oder „wichtig“. Aber auch für drei Viertel der Anhänger (75 Prozent) von CDU/CSU ist das Thema Rente für die Wahlentscheidung bedeutsam. Bei Anhängern von Bündnis 90/ Die Grünen liegt dieser Wert bei deutlich niedrigeren 65 Prozent.

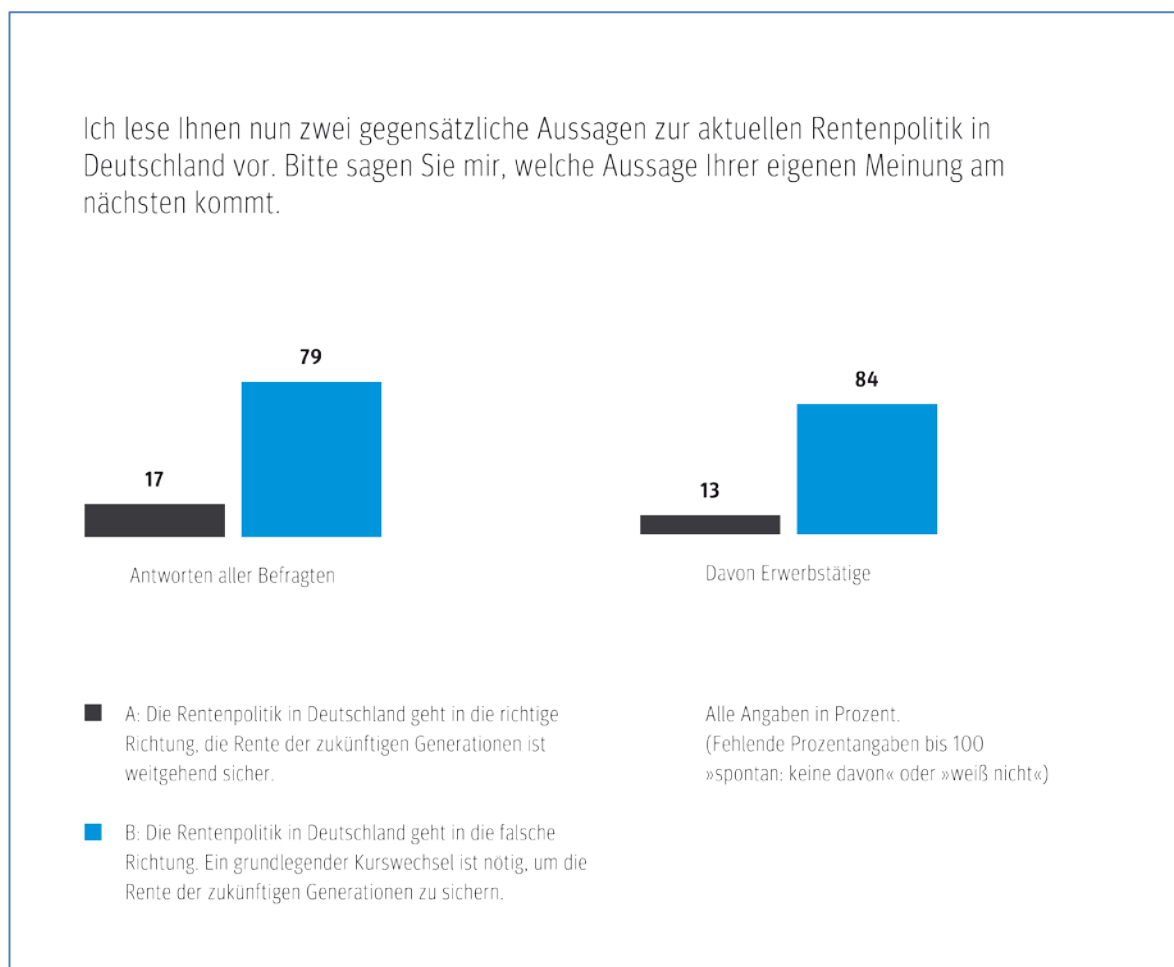
¹ Angaben für FDP-Anhänger liegen nicht vor. Da deren Anhängerschaft im Befragungszeitraum bei unter fünf Prozent liegt, können seriöse Angaben aufgrund der Fehlertoleranz nicht gemacht werden.

Bemerkenswert ist auch die Betrachtung der Einstellung zum Thema Rente in den verschiedenen Altersgruppen: Es ist selbstverständlich, dass „Rente“ für ältere Wahlberechtigte wichtiger ist als für die jüngere Generation. Aber es überrascht, dass bereits zwei Drittel (63 Prozent) der „rentenfernen“ unter 30jährigen Wahlberechtigten angeben, dass die Rente für sie „sehr wichtig“ oder „wichtig“ ist.

Wenn Sie nun einmal an die Bundestagswahl im September denken:
Wie wichtig ist da für Ihre Wahlentscheidung das Thema Rente?
Würden Sie sagen ...



In der Gesamtbetrachtung glauben lediglich 17 Prozent der Wahlberechtigten, dass die Rentenpolitik in die richtige Richtung geht und die Rente der künftigen Generationen weitgehend sicher ist. Knapp 80 Prozent hingegen geben an, dass die Rentenpolitik in die falsche Richtung geht und ein grundlegender Kurswechsel nötig ist, um die Rente der künftigen Generationen zu sichern.

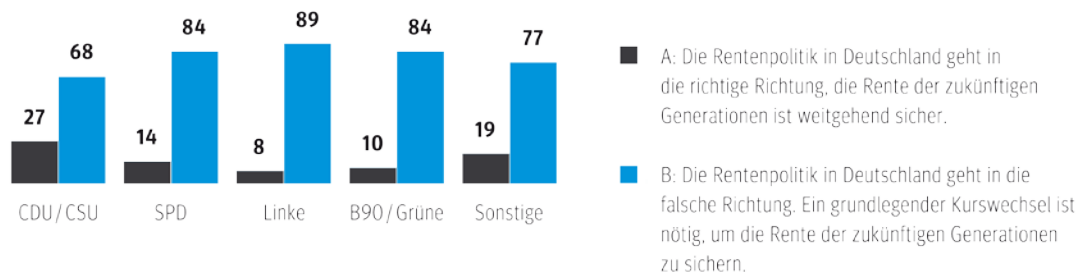


Auch bei dieser Frage differieren die Einstellungen nach Schulabschluss nur geringfügig. Erstaunlich ist, dass die Werte für West und Ost identisch sind; üblicherweise gibt es bei sozialpolitischen Fragen spürbare Einstellungsunterschiede nach Herkunft aus „alten“ und „neuen“ Bundesländern.

Frauen sind deutlich kritischer als Männer. Während 74 Prozent der befragten Männer einen Richtungswechsel befürworten, liegt der Wert bei Frauen bei 84 Prozent. Zu vermuten ist, dass sich darin die signifikant schlechtere Altersabsicherung von Frauen widerspiegelt.

Wieder ist die Aufschlüsselung der Antworten nach Parteienpräferenz aufschlussreich. So kritisieren zwei Drittel der Anhänger von CDU/CSU die aktuelle Rentenpolitik und fordern einen grundlegenden Kurswechsel. Es gibt nur marginale Unterschiede in der kritischen Einstellung zur aktuellen Rentenpolitik zwischen den Anhängern von SPD, Die Linke und Bündnis90/Die Grünen.

Ich lese Ihnen nun zwei gegensätzliche Aussagen zur aktuellen Rentenpolitik in Deutschland vor. Bitte sagen Sie mir, welche Aussage Ihrer eigenen Meinung am nächsten kommt.



Antworten aller Befragten nach Parteipräferenz

Alle Angaben in Prozent.
(Fehlende Prozentangaben bis 100
»spontan: keine davon« oder »weiß nicht«)

In einer dritten Frage wurde erhoben, welche der in der aktuellen Rentendebatte diskutierten Maßnahmen zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung die Wahlberechtigten unterstützen.

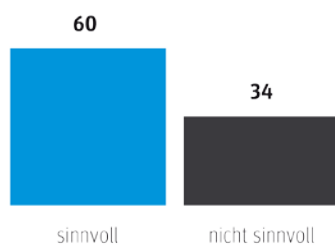
Bei den drei abgefragten Themen handelt es sich um die paritätische Erhöhung der Rentenbeiträge, die Einbeziehung von Freiberuflern, Selbstständigen und Beamten in die GKV und die weitere Anhebung des Renteneintrittsalters. Die Antworten weisen den eindeutigen Weg in eine weiterhin paritätisch finanzierte gesetzliche Rentenversicherung, die zu einer Erwerbstätigenversicherung ausgebaut wird. Eine weitere Anhebung des gesetzlichen Rentenalters wird abgelehnt.

Als Einstieg in diese Frage wurde den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Befragung folgender Text vorgelesen:

Ich lese Ihnen nun einige Maßnahmen vor, die diskutiert werden, um die finanzielle Situation der gesetzlichen Rentenversicherung zu verbessern und so die gesetzliche Rente der zukünftigen Generationen zu sichern. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie diese Maßnahme für sinnvoll halten oder nicht, um die finanzielle Situation der Rentenversicherung zu verbessern.

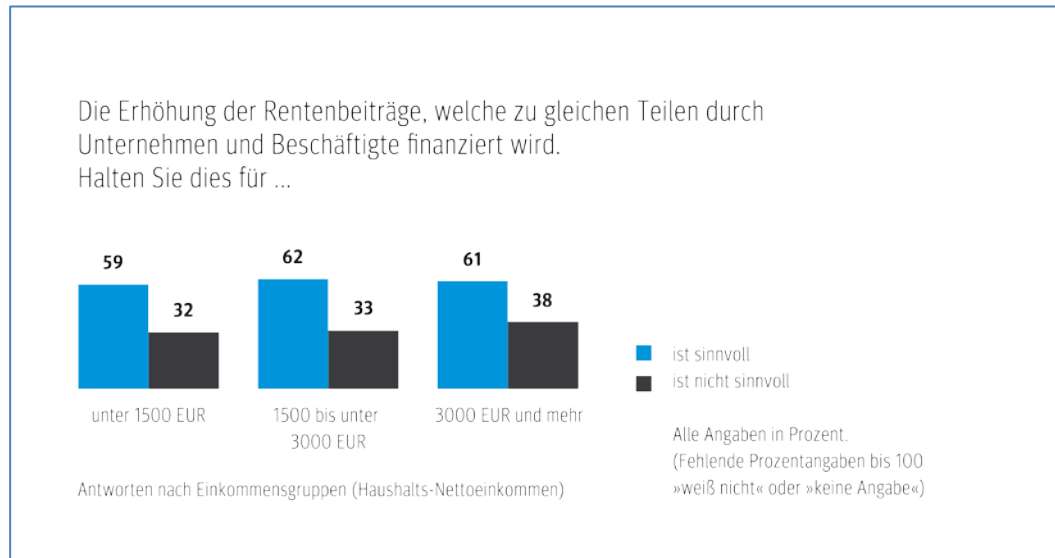
Eine stabile Mehrheit der Wahlberechtigten ist bereit, für eine sichere Rente mehr zu zahlen: 60 Prozent aller Befragten halten eine paritätisch zu finanzierende Erhöhung der Rentenbeiträge für sinnvoll, um die finanzielle Situation der gesetzlichen Rentenkasse langfristig zu sichern. Auch die Erwerbstätigen selbst sehen dies zu 52 Prozent so. Differenziert nach Schulabschluss und Einkommen liegen die Unterschiede bei unter drei Prozent.

Die Erhöhung der Rentenbeiträge, welche zu gleichen Teilen durch Unternehmen und Beschäftigte finanziert wird. Halten Sie dies für ...

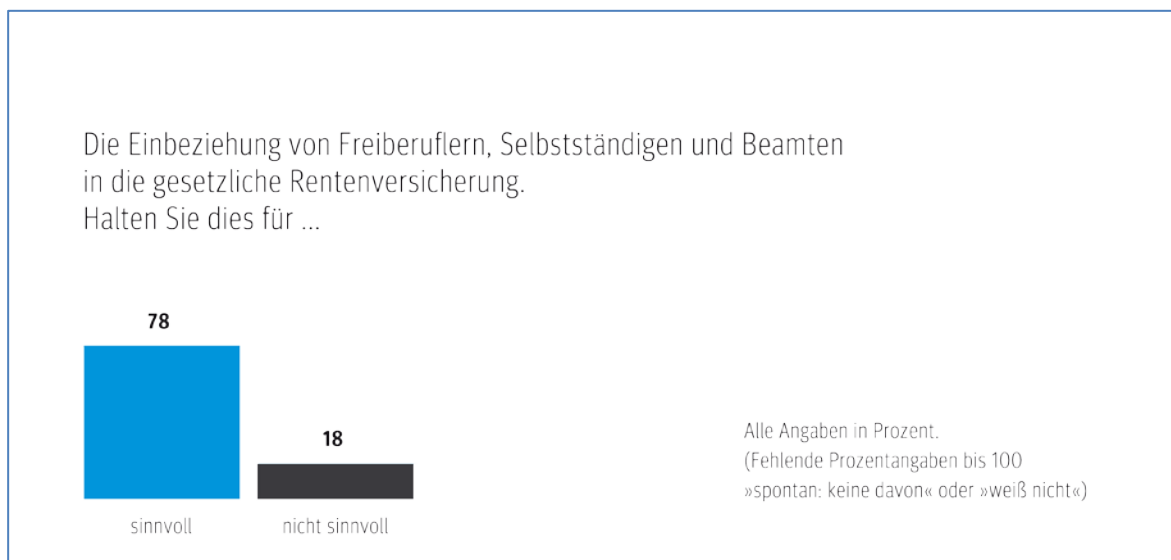


Alle Angaben in Prozent.
(Fehlende Prozentangaben bis 100
»weiß nicht« oder »keine Angabe«)

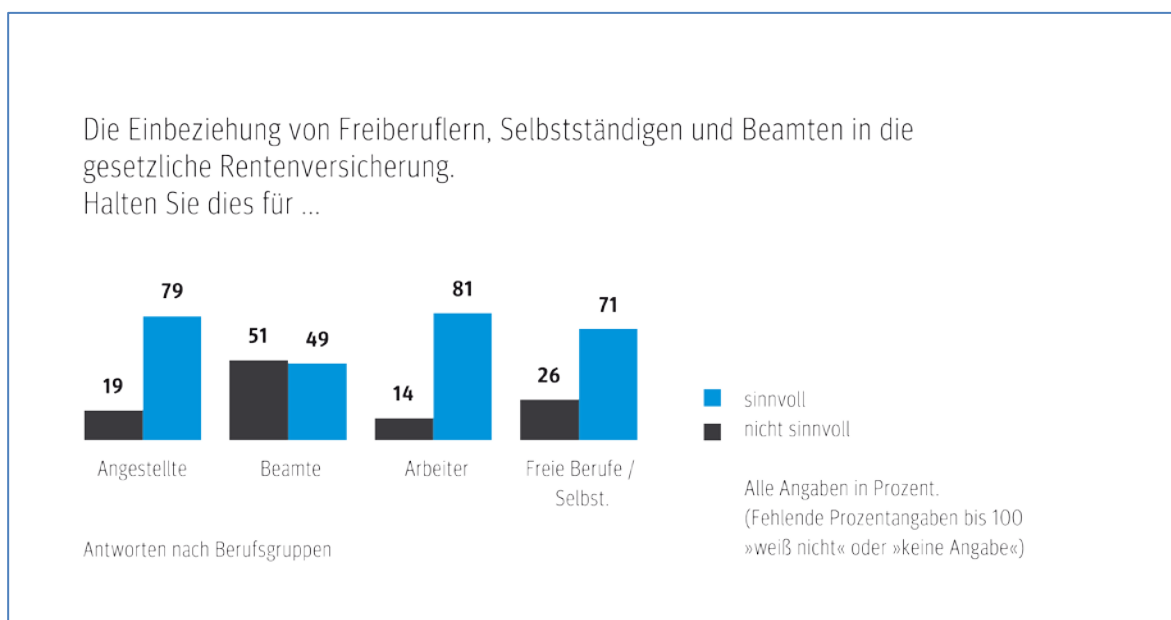
Ein Blick auf die Einstellungen differenziert nach Haushaltseinkommen zeigt, dass die Einstellung in dieser Frage kaum vom Einkommen abhängt.



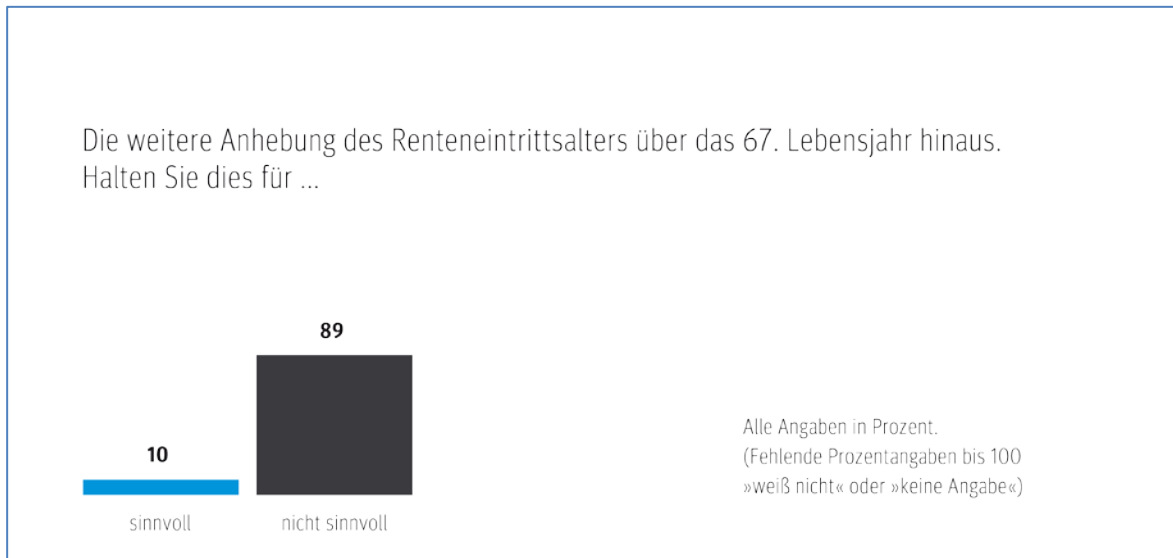
Insgesamt sprechen sich 78 Prozent der Befragten dafür aus, Freiberufler, Selbstständige und Beamte in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen. Damit ist eine breite gesellschaftliche Mehrheit für eine Erwerbstätigenversicherung vorhanden.



Eindrucksvoll bestätigt wird das durch die Betrachtung der Differenzierung nach Berufen: 71 Prozent der Selbstständigen und Angehörigen freier Berufe und auch die Hälfte der Beamten sprechen sich für die Ausweitung der gesetzlichen Rentenversicherung aus.



Noch einmütiger und eindeutiger ist die Ablehnung der weiteren Anhebung des Renteneintrittsalters über das 67. Lebensjahr hinaus. 89 Prozent aller Befragten halten dies nicht für sinnvoll.



Bei den Erwerbstätigen liegt der Wert bei 91 Prozent. Bei den Arbeitern, unter denen ein Großteil in körperlich belastenden Berufen bzw. Arbeitszeitmodellen wie Schicht arbeitet, sind es sogar 93 Prozent. Auch differenziert nach Parteipräferenz liegen die Werte bei über 90 Prozent – Ausnahme sind die Anhänger der CDU/CSU mit „nur“ 83 Prozent, die eine Anhebung des Renteneintrittsalters ablehnen.

Und auch die Betrachtung nach Altersgruppen zeigt, dass diese Ablehnung generationenübergreifend eindeutig ist.

